

Ergebnisprotokoll

über die 3. Sitzung des Beirates von und für Menschen mit Behinderung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (4. Wahlperiode des Beirats) am Montag, dem 12. Juni 2017

Anwesende: Herr Bäse, Herr Drescher, Herr Feilke, Herr Jahnke, Herr Lockau, Frau Rauterberg, Frau Stennert, Frau Trzecinski, Frau Voss, Herr Larsen, Herr Waaschke, Frau Hansen, Herr Sell, Herr Taschenberger, Herr Tschörtner, Frau Boas, Frau Schmidt, Frau Juppe-Ziervogel, Frau Hergli, Herr Schmidt, Herr Friedrich (Seniorenvertretung), Herr Friedrich (BehB), Vertreter/in von ASL (Name unleserlich)

Gäste: Frau Schmitt-Schmelz, Frau Cieschinger, Frau Koserske

Ort: Rathaus Charlottenburg, BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Herr Friedrich begrüßt die Anwesenden und bittet um eine kurze Vorstellungsrunde. Bezüglich der vorgeschlagenen Tagesordnung werden keine Änderungen angeregt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Die Abteilung Jugend, Familie, Bildung, Sport und Kultur – Inklusion von Menschen mit Behinderung

Die Moderation dieses TOP's übernimmt in Anlehnung an den Beiratsbeschluss 1/2017 als Mitglied des Beirats Herr Bäse (Sozialverband VdK). Als Gast begrüßen Herr Bäse und Herr Friedrich die Leiterin der Abteilung für Jugend, Familie, Bildung, Sport und Kultur, Frau Bezirksstadträtin Schmitt-Schmelz. Frau Schmitt-Schmelz umreißt kurz die Zuständigkeitsbereiche ihrer Abteilung.

Herr Bäse erkundigt sich nach der Situation in Kitas. Frau Schmitt-Schmelz sieht besonders für körperbehinderte Kinder ein großes Defizit, unter 50 % der Einrichtungen seien mit einer starken Gehbehinderung nicht zugänglich. Ein Problem stelle in diesem Zusammenhang zuweilen auch der Denkmalschutz dar. Bei Jugendfreizeiteinrichtungen sei die Problematik ähnlich: Für seelisch und geistig behinderte Kinder und Jugendliche sehe sie bei individuell angemessener Unterstützung grundsätzlich kein Problem, bei Vorliegen einer Körperbehinderung könnten bei weitem nicht alle Einrichtungen genutzt werden. Als Thema für einen abteilungsspezifischen Workshop könne sie sich die systematische Erhebung von im Kinder- und Jugendbereich genutzten Gebäuden bezüglich ihrer Barrierefreiheit vorstellen.

Frau Hansen erkundigt sich, ob im Zuge der Haushaltsplanung seitens der Senatsebene verstärkt finanzielle Mittel zum barrierefreien Ausbau von Jugendeinrichtungen vorgesehen seien, z.B. für eine barrierefreie Toilette im Jugendfreizeitheim Ruhwaldpark. Des Weiteren bittet sie um Auskunft, ob die anfallenden Kosten für Gebärdensprachdolmetschung für einen gehörlosen Jugendlichen im Kinder- und Jugendparlament gesichert seien.

Für den barrierefreien Ausbau von Jugendeinrichtungen sei nach Kenntnis von Frau Schmitt-Schmelz seitens der Landesebene keine Erhöhung der Mittel vorgesehen. Zur Einrichtung Ruhwaldpark stehe sie derzeit im Austausch mit Herrn Bezirksstadtrat Schruoffeneger dazu, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann. Die Kosten für Gebärdensprachdolmetschung würden zunächst über Leistungen der Eingliederungshilfe finanziert, wobei dies nach Ansicht von Frau Schmitt-Schmelz grundsätzlich anders gelöst werden müsse. Herr Friedrich ergänzt, er habe in Absprache mit Herrn Bezirksbürgermeister Naumann einen Entwurf für eine Vorlage an den Rat der Bürgermeister vorbereitet, um die Gelder für politische Partizipation über die Landesebene sicherzustellen. Frau Schmitt-Schmelz fügt hinzu, sie würde ansonsten die Mittel aus dem Haushalt über die sogenannte Basiskorrektur anmelden. Das Land müsse diesen Bedarf schließlich anerkennen.

Frau Rauterberg fragt nach, inwieweit bei Kulturveranstaltungen regelmäßig an Bedarfe wie etwa Assistenz oder Audioguides für behinderte Besucherinnen und Besucher gedacht werde. Darüber hinaus erkundigt sie sich, inwieweit behinderte Menschen in Sportvereinen teilhaben könnten. Schließlich bittet sie um Auskunft, ob es bei Anträgen auf Elternassistenz eine Kooperation von Sozialamt und Jugendamt gebe.

Frau Schmitt-Schmelz erwidert, dass einige Vereine diesbezüglich gut aufgestellt seien, viele aber auch nicht. Die Teilhabe an Kulturveranstaltungen hält sie für ein

gutes Thema für den angedachten Workshop. Frau Hergli ergänzt, bei Elternassistenz arbeite das Jugendamt, soweit nötig, mit dem Sozialamt zusammen.

Frau Voss bittet um Auskunft, wann sich die offene Jugendarbeit voraussichtlich inklusiv gestalten werde, sodass z.B. Kinder mit kognitiver Beeinträchtigung ohne Voranmeldung an Veranstaltungen etc. teilnehmen könnten.

Frau Schmitt-Schmelz bekräftigt, dass grundsätzlich alle Jugendlichen willkommen seien, für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung bilde die Teilnahme zunächst aber doch häufig eine besondere Hürde, sodass die Eltern oft unterstützen müssten. In Hinblick auf Inklusion müssten einfach noch viele Stellen für Sozialarbeiter etc. geschaffen bzw. besetzt werden. Hier gebe es noch viel zu tun.

Herr Taschenberger bittet um Auskunft, wie viele schwerbehinderte Menschen im Bezirksamt beschäftigt sind und inwieweit schwerbehinderte Beschäftigte unterstützt werden. Herr Friedrich bittet darum, diese Fragen für die entsprechende Beiratssitzung mit Schwerpunkt „Abteilung Personal, Finanzen und Wirtschaftsförderung“ zu verschieben.

Frau Trzecinski erkundigt sich, inwieweit Informationsbroschüren und Formulare der Abteilung barrierefrei gestaltet und inwiefern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Belange von behinderten Menschen sensibilisiert seien.

Hierzu erklärt Frau Schmitt-Schmelz, dass es kaum barrierefreie Antragsunterlagen gebe und diesbezüglich ein Nachholbedarf bestehe. Zu den Angeboten der VHS liege eine Broschüre in Leichter Sprache vor. Für die Belange behinderter Menschen seien viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherlich schon ziemlich gut sensibilisiert, aber gewiß gebe es auch hier noch einiges zu verbessern.

Frau Schmitt-Schmelz bekundet ihre Bereitschaft, wie im Beiratsbeschluss 1/2017 erbeten, einen abteilungsbezogenen Workshop zur Umsetzung der UN-BRK durchzuführen.

Herr Bäse fasst die im Rahmen der Diskussion vorgebrachten Problematiken noch einmal kurz zusammen und weist darauf hin, dass diese auch im Zuge des geplanten Workshops thematisiert werden sollten. Herr Bäse und Herr Friedrich bedanken sich bei Frau Schmitt-Schmelz für Ihre Teilnahme an der Beiratssitzung und für die Aufgeschlossenheit in Hinblick auf die Durchführung eines abteilungsbezogenen Workshops.

TOP 4: Aktuelle Drucksachen der BVV

Zu aktuellen Drucksachen besteht kein Diskussionsbedarf.

Herr Friedrich weist noch einmal darauf hin, dass er den stimmberechtigten Mitgliedern sowie den Vertretern regelmäßig die Einladungen zu den Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlungen per E-Mail weiterleitet. Darin können die aktuellen Drucksachen eingesehen werden.

TOP 5: Anträge und Beschlüsse des Beirats

Auf Anregung von Frau Rauterberg wird beschlossen, das Bezirksamt um Sicherstellung der notwendigen finanziellen Mittel für gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation zu bitten und aus gegebenem Anlass konkret bezüglich der Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschung im Kinder- und Jugendparlament und im Jugendhilfeausschuss anzufragen.

Auf Vorschlag von Herrn Drescher wird beschlossen, das Bezirksamt grundsätzlich um die vorrangige Gewichtung von Barrierefreiheit gegenüber dem Denkmalschutz zu bitten und anzufragen, bei welchen Gebäuden dem barrierefreien Ausbau derzeit eventuell Aspekte des Denkmalschutzes entgegenstehen bzw. in der Vergangenheit entgegenstanden.

TOP 6: Verschiedenes

Herr Jahnke bittet aus gegebenem Anlass darum, dass Ladestationen für Elektroautos barrierefrei gestaltet werden müssten, damit diese unter anderem auch für Rollstuhlnutzer zugänglich werden.

Frau Hansen berichtet, dass nach ihrem Eindruck viele Fahrräder, insbesondere Leih-/Leasingräder kreuz und quer auf Gehwegen bzw. im öffentlichen Raum abgestellt werden. Herr Larsen pflichtet dieser Darstellung bei und weist nachdrücklich auf die daraus resultierende Gefahrensituation für blinde und sehbehinderte Menschen hin.

Frau Rauterberg berichtet von einem Beitrag im RBB zur Sondernutzung von Gehwegen durch Gaststätten, der aus ihrer Sicht sehr einseitig im Sinne der Gaststättenbetreiber ausgefallen sei.

Frau Boas merkt an, dass im Bereich Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine hohe Zahl von Dolmetscherleistungen finanziert würden und es aus ihrer Sicht daher auch kein Problem darstellen dürfe, die Gebärdensprachdolmetschung für einen gehörlosen Jugendlichen im Kinder- und Jugendparlament zu finanzieren.

Die nächste Beiratssitzung findet statt am 11. September 2017.

Herr Friedrich bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:30 Uhr.

Friedrich
(Stellv. Vorsitzender, Protokollant)